

Zur Geschichte der Diffamierung der Linken in Deutschland und Hessen

von | Frank Deppe



Systembedrohend: Hessische LINKE am 21.11.2008 vor der Alten Oper in Frankfurt a.M. (Foto: dpa)

Am 18. Januar beginnt in Hessen das bundesdeutsche Wahljahr 2009 mit 15 Kommunal-, Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen plus der Wahl des/der Bundespräsidenten/in. Hessen hätte das Signal für ein »Projekt Soziale Moderne« und für neue politische Mehrheiten sein sollen. Nun steht das Land für die tiefe Spaltung der Sozialdemokratie und die Renaissance des »konservativen Blocks der politischen Rechten« in einer Zeit, in der dem Neoliberalismus mit der Weltwirtschaftskrise die Geschäftsgrundlage entzogen ist. Darin, dass zudem DIE LINKE außerhalb der Verfassung gestellt wird, deutet sich die Herausbildung eines postdemokratischen, autoritären Kapitalismus an.

Im Oktober 2008 verlieh die Vereinigung demokratischer Juristen in Berlin den Hans-Litten-Preis der VDJ an den Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover. Dieser – inzwischen über 80 Jahre alt – wurde geehrt, weil er als Anwalt unbestechlich das Recht von Minderheiten, von politisch Diskriminierten und Verfolgten, aber natürlich auch von Straftätern vor den Gerichten dieser Republik vertreten hat. Die durchaus bittere Bilanz seiner Erfahrungen (hinsichtlich des Umgangs der Herrschenden und der Justiz dieses Landes mit der Linken,

vor allem den Kommunisten) hat er in dem Band »Die Republik vor Gericht 1954-1995« (Berlin 1999) veröffentlicht. An-

Frank Deppe ist ehemaliger Professor für Politikwissenschaften an der Philipps-Universität in Marburg. 2008 gab er mit Horst Schmitthener und Hans-Jürgen Urban bei VSA den Band »Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus?« heraus.

Dieser Text beruht auf einem Vortrag, der am 23.11.2008 in Frankfurt/Main auf der Konferenz des Beirats der Partei »DIE LINKE« in Hessen mit dem Titel »Schützt die Verfassung vor ihren falschen Hütern – gegen die Kriminalisierung der Linken« gehalten wurde.

lässlich dieser Preisverleihung wurde ich daran erinnert, dass das erste Buch von Heinrich Hannover mit dem Titel »Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat« (1962 im Pläne Verlag, Dortmund-Barop) für meine eigene politische Sozialisation eine nicht unerheblich Rolle gespielt hat. Ich hatte den Kriegsdienst verweigert, an einem Ostermarsch teilgenommen und das Studium der Soziologie in Frankfurt aufgenommen – also (oft noch unbewusst) Weichenstellungen vorgenommen, die für Menschen meiner Generation damals von lebensgeschichtlicher Bedeutung waren.

Das Buch von Hannover erschien auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, der in der Bundesrepublik (im Vergleich zu den westlichen Nachbarn) besonders extreme Formen annahm; denn im »CDU-Staat« (so der Titel einer wichtigen Publikation im Suhrkamp-Verlag der 1960er Jahre) war der Antikommunismus gleichsam zur Staatsdoktrin geworden. Die Diskriminierung (»Agententheorie«) richtete sich nicht nur gegen die Kommunisten vor und nach dem KPD-Verbot von 1956, sondern auch gegen die Friedensbewegung (»Kampf dem Atomtod«), gegen Linke in den Gewerkschaften und in der SPD (»Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau«). Im Wahlkampfpf 1961 wurde der Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, von Adenauer selbst als »Herr Frahm« und »Emigrant« (während der Nazi-Zeit) angegriffen (noch schlimmer waren natürlich die CDU-Stammtische, die über den »Vaterlandsverräter« geiferten).

Von Heinrich Hannover lernte ich u.a., dass die Diffamierten – von A bis Z, von Abendroth bis Zwerenz, so lautete damals das Alphabet des politischen Anstandes – sich in der Re-

gel für die Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden engagierten, und dass sie Widerstand gegen den Faschismus geleistet hatten. Ich habe viele dieser Persönlichkeiten später – vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze – kennen gelernt und bin ein wenig stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben, dass sie seit dem Ende der 1960er Jahre für eine gewisse Zeit als Repräsentanten einer demokratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik anerkannt waren.¹

Der Verfassungsfeind

Im politischen Diskurs der konservativen und (teils auch) der liberalen Kräfte² (vor allem in Hessen) hat seit einigen Jahren eine deutliche Verschiebung stattgefunden. Die Linke (im doppelten Wortsinne) wird als »verfassungsfeindlich« kriminalisiert und der Überwachung und Bespitzelung durch die Geheimdienste unterstellt. Der hessische Innenminister Bouffier und der Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz, Eisvogel, begründen den Einsatz ihres Amtes gegen die Linkspartei insbesondere damit (so der jüngste Bericht des Verfassungsschutzes für das Land Hessen, S. 121), dass Mitglieder und Arbeitsgemeinschaften der Partei sich der »*marxistischen Gesellschaftsanalyse*« bedienen und versuchen würden, »die *Vorherrschaft des Kapitals* zu überwinden«. Noch primitiver schlägt ein Dossier der CDU-Landtagsfraktion vom April 2008 zu. Der Titel lautet: »Nicht auf dem Boden der Verfassung. Eine Analyse und Dokumentation der Partei DIE LINKE«. Darin freut sich die CDU geradezu über die »Offenheit«, »mit der die Vertreter (dieser Partei) zur Schau tragen, dass sie die



Polizeiprügel vor der Frankfurter Paulskirche, 22.9.1968 (Foto: H. Hannover, Republik..., S. 277)

Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft, überwinden wollen«. Sie seien verfassungsfeindlich, also politisch kriminell, weil sie die »Ordnung unseres Gemeinwesens überwinden« wollen.

Der Innenminister von Niedersachsen, Uwe Schönemann, diffamiert DIE LINKE als antidemokratische Kraft und plädiert für deren geheimdienstliche Überwachung im Interesse der Staatssicherheit: »Ein Verzicht des Verfassungsschutzes auf ihre Beobachtung würde nicht nur gegen seinen Auftrag zum Schutz der demokratische Grundordnung verstoßen. Er würde auch einem Gütesiegel gleichkommen, das dieser Partei nicht zusteht« (FAZ vom 15.12.2008, S. 10). Schönemann bedient sich dabei einer besonders einfältigen Argumentation. »Es ist nicht verfassungswidrig, für eine angeblich bessere Gesellschaft unter dem Signum »Demokratischer Sozialismus« einzutreten. Auch das Ziel, »den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden« zu wollen, widerspricht nicht per se dem Grundgesetz. Doch »Die Linke« diffamiert die gesellschaftliche und politische Realität der Bundesrepublik so gezielt, das man von ihrer Absicht ausgehen muss, die Verfassungsordnung zu demontieren« (ebd.). Die absurde Logik dieser Argumentation ließe sich auf Schönemann selbst übertragen: Dieser diffamiert DIE LINKE so gezielt, dass man von seiner Absicht ausgehen könnte, die Linken wieder einmal in Konzentrationslager zu stecken. Immerhin konzediert Schönemann, dass die Überwindung des Kapitalismus (z.B. durch die Sozialisierung der Banken, die von einer Parlamentsmehrheit beschlossen würde) nicht »per se verfassungswidrig« sei.

Hessische Verfassungsgeschichte

Speziell für die hessische CDU scheint jedoch ein kurzer Nachhilfeunterricht in Sachen Verfassung und Verfassungstreue, aber auch in Sachen Verfassungsgeschichte notwendig zu sein (es wundert einen schon, auf welchem niedrigem Niveau die angeblich »klugen Köpfe« der FAZ ihren Hass auf die Linke in juristische Argumente kleiden wollen).³

1. Die »Soziale Marktwirtschaft«, von der die Hessen-CDU spricht (welche eigentlich? – die von Ludwig Erhard oder die der skandinavischen Sozialdemokratie?), ist nicht Bestandteil der Verfassung: weder der Hessischen Verfassung noch des Grundgesetzes; ebenso wenig wie übrigens die »FDGO« (freiheitlich-demokratische Grundordnung), mit der als Quasi-Überverfassung die Berufsverbote legitimiert werden sollten. Die »Ordnung unseres Gemeinwesens« wird durch die Verfassung definiert, die keineswegs die kapitalistische Wirtschaftsordnung als unveränderbar fest schreibt. Unsere Verfassungen – die hessische mehr als das Grundgesetz – sehen ausdrücklich Möglichkeiten und gesetzliche Maßnahmen vor, die den »Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit« (Art. 39) untersagen, die Sozial- und Wirtschaftsordnung auf die Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen begründen und die Arbeitskraft gegen Ausbeutung und die Risiken kapitalistischen Wachstums (Krisen, Arbeitslosigkeit etc.) unter den besonderen Schutz des Staates stellen (Art. 27, 28). Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind bekanntlich die Anerken-

nung des vollen Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer (Art. 37) und der Gewerkschaften, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Staatsaufsicht über Großbanken und Versicherungen, die Enteignung des Großgrundbesitzes (Art. 41, 42) usw.

Die Hessische Verfassung war (nach dem Zweiten Weltkrieg) ein Produkt der Katastrophen, die der Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angerichtet hatte. Vielleicht stehen wir heute wieder an der Stelle, an der wir uns angesichts der möglichen Katastrophen im Zusammenhang des Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus an die Lehren erinnern müssen, die vor vielen Jahrzehnten aus der »großen Krise« nach 1929, nach 1933 und nach 1945 gezogen wurden. Die einstigen Hohepriester des Neoliberalismus, die den Staat (und den Keynesianismus) verteufelten, haben offenbar kein Problem damit, heute für das Finanzkapital (wie auch andere Sektoren der Privatwirtschaft) die Rettung durch den Staat zu fordern und zu akzeptieren.

2. Da die CDU (und die FAZ) den »phantastischen Vier« der SPD um Jürgen Walter immer wieder emphatisch dafür danken möchte, dass sie Hessen vor einer »Regierung mit Kommunisten« gerettet haben, sei ebenfalls daran erinnert, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit a) der Kommunist Oskar Müller (KPD) Arbeitsminister in der hessischen Landesregierung und einer der »Väter der Verfassung« war; dass sich b) die hessischen Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit als Marxisten verstanden, die – wie ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Wilhelm Knothe, nach der Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes verkündete – Hessen als ein »sozialistisches Land« betrachteten; und c) dass die CDU nicht nur in Hessen stark von den Ideen eines »christlichen Sozialismus« geprägt war. So erklärte die CDU-Fraktion von Hessen im Jahr

¹ In dem von der Heinz-Jung-Stiftung herausgegebenen Band über die Frankfurter »Linke im Kalten Krieg« (2007) wird berichtet, dass das von Rainer Barzel (CDU) für den »Kampf gegen den Bolschewismus« gegründete »Komitee Rettet die Freiheit« 1960 eine Broschüre veröffentlichte (»Drehscheibe Frankfurt«, Bad Godesberg 1960), in der behauptet wurde, Frankfurt sei eine Drehscheibe für kommunistische Infiltration. Diese wiederum werde – so wurde behauptet – maßgeblich von einem gewissen Heiner Halberstadt gesteuert. Daraufhin – nach einer Kampagne durch die *Frankfurter Neue Presse* – wurde Heiner Halberstadt als Geschäftsführer des städtischen Vereins Häuser der Offenen Tür fristlos gekündigt. Das erinnert uns daran: Die Opfer des Kalten Krieges müssen auch im Westen – dafür hat sich vor allem Heinrich Hannover eingesetzt – rehabilitiert werden!

² Ich spreche im Folgenden vom »konservativen Block der politischen Rechten« und meine damit die Koalition von Wirtschaftseliten, rechten Medien (FAZ, Springer), Teilen der Wissenschaft (vor allem aus den Wirtschaftswissenschaften, Beispiel: Prof. Sinn), Führungsgruppen der Armee und der Justiz, Vertreter in den politischen Mitte-Rechts-Parteien und der Regierung sowie die zugeordneten Interessenverbände. In der CDU und der FDP gibt es Personen, die diesem »Block« nicht zuzurechnen sind (Beispiel: Geisler, Blüm, Baum, Hirsch); in der SPD wiederum gibt es Fraktionen (wie z.B. den »Seeheimer Kreis«), die diesem Block zumindest nahe stehen (große Koalition à la Jürgen Walter). In den Gewerkschaften gehören auf jeden Fall Führungskräfte der IG BCE dazu. Gleichwohl zeichnet sich der »Neoliberalismus« durch das Bündnis zwischen Konservativen und Wirtschaftsliberalen aus; in der angelsächsischen Welt wurde diese Koalition – seit Ronald Reagan – als die »neue Rechte« (New Right) bezeichnet.

³ Dieses konservativ-liberale Blatt – das sich gerne für seinen anspruchsvollen Journalismus rühmt – hat sich in den letzten Monaten im Kampf gegen die hessische SPD (speziell gegen die Person von Andrea Ypsilanti) und gegen die LINKE in ein Kampfbild von Roland Koch verwandelt. Die FAZ gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die Wirtschaftseliten (deren Sprachrohr sie ist) reagieren würden, wenn sich die ökonomische Krise zuspitzt, der Widerstand »von unten« zunimmt und die Linke tatsächlich einmal über die Macht (also die Mehrheiten) verfügt, einen Politikwechsel herbeizuführen.

1946 offiziell zur Verfassungsdebatte, nachdem sie sich zum »Eigentum als Quelle des schöpferischen Strebens jeden Menschens bekannt« hatte: »Das Streben nach Besitz und Eigentum findet seine Grenze, wo es zur Herrschaft über andere wird. Schlüsselproduktionen, d.h. Bodenschätze, Großbanken, Versicherungsgesellschaften, die gefährlichen Anreiz zum Monopolkapitalismus verkörpern, sollen künftig der Allgemeinheit unterstehen«. Gäbe es einen Einbürgerungstest speziell für Hessen, dann würden wohl einige CDU- und FDP-Abgeordnete – bei der Abteilung hessische Geschichte – mit Aplomb durchfallen!

Repressionen gegen die Linke

Wenn wir die neuere deutsche Geschichte seit der Reichsgründung im Jahr 1871 betrachten, so lässt sich die Diffamierung und Ausgrenzung der Linken (von Sozialisten, Kommunisten, Radikaldemokraten), die sich immer wieder zur Gewaltanwendung bzw. zur staatlichen Repression steigert, gleichsam als eine kontinuierliche, nur selten unterbrochene Linie (der Politik der politischen Rechten) rekonstruieren. Die politische Kultur in Deutschland ist – im Unterschied zu vielen seiner Nachbarstaaten – in sehr viel stärkerem Maße durch antidemokratische Kräfte und Ideologien, durch die Fixierung auf autoritäre Staatlichkeit sowie durch eine aggressive Machtpolitik nach außen und innen geprägt.

Der »konservativ-liberale Block« hat sich in verschiedenen Perioden immer wieder neu zusammengesetzt. Nach 1945 bekannte er sich (unter dem Druck der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Hegemonie der USA) programmatisch

zur parlamentarischen Demokratie. In Krisenperioden – z.B. am Ende des Kaiserreichs und während der Weimarer Republik – tendierte er offen zu antidemokratischen Lösungen, d.h. zum autoritären Staat. Carl Schmitt, den Bundesinnenminister Schäuble mit dem Hinweis auf den Herrn Depenheuer (»Selbstbehauptung des Rechtsstaates«) wieder aufleben lässt,⁴ war hier der Vordenker. Er war – sei's realpolitisch, sei's propagandistisch – immer auf das Engste mit der Repression gegen die Linke verbunden. Die Konservativen haben es immer wieder vermieden, diese Geschichte einmal gründlich aufzuarbeiten. Stattdessen haben sie in »Geschichtsdebatten« darauf hingearbeitet, die deutsche Vergangenheit zu »entsorgen«. Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker war da eine Ausnahme, und dafür haben ihn nicht wenige in seiner Partei geschnitten. Ich beschränke mich auf einige Beispiele:

- das Sozialistengesetz von 1878 bis 1890, mit dem Bismarck die »gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« unterdrücken wollte;
- die Diskriminierung demokratischer und marxistischer Wissenschaftler an den Universitäten des Kaiserreichs vor 1918;
- die Zerschlagung der revolutionären Kräfte in der Novemberrevolution 1918/19; nicht nur die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht, sondern die Ermordung von unzähligen Arbeitern durch Freikorpsbanden, die Reichswehr; dazu eine Justiz, die nicht nur antidemokratisch eingestellt, sondern auf dem »linken Auge blind war«;
- der systematische Terror gegen die Linke und gegen Demokraten nach 1933; der Vernichtungs-Kreuzzug gegen Marxismus und Bolschewismus nach innen wie nach außen (Überfall auf die Sowjetunion 1941);
- die Kommunistenverfolgungen im Kalten Krieg (KPD-Verbot, Politische Strafjustiz, Diffamierung der linken Opposition, s.o.);
- die Politik der Berufsverbote gegen »Extremisten« im öffentlichen Dienst nach 1972;
- der Umgang mit dem linken Terrorismus der RAF (»Sicherheitsstaat«, »Deutscher Herbst«); die Erklärung des »Staatsnotstandes« mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, wogegen sich z.B. Heinrich Hannover gewandt hat; man vergleiche den Umgang des deutschen Staates mit dem rechten Terrorismus seit den 1990er Jahren. Mehr als 130 Menschen wurden von Neonazis auf den Straßen ermordet, weil sie z.B. die falsche Hautfarbe haben – und die NPD ist immer noch nicht verboten;
- die »Abwicklungen« in der ehemaligen DDR nach 1989-91, die auch das Ziel verfolgten, die DDR (wie die sozialistischen Staaten insgesamt) als »Unrechtsregime« zu kriminalisieren und dieses Verdikt auf die gesamte Linke auszudehnen.



Karikatur: Economist

Verteidigung der Demokratie

Wenn diese Diffamierung zurückgewiesen und die Regierung sowie der Verfassungsschutz aufgefordert werden, die Überwachung und Bespitzelung der LINKEN einzustellen, dann wird zugleich die Verfassung und die Demokratie verteidigt. Es geht

um die Verteidigung einer demokratischen, politischen Kultur, die nicht nur die Anerkennung demokratischer Institutionen und Regeln voraussetzt, sondern auch die Anerkennung eines politischen Spektrums von sozialen, politischen und geistig-kulturellen Kräften erfordert, das sich von der (demokratischen) konservativen Rechten bis zur sozialistischen und kommunistischen Linken erstreckt. In vielen Ländern ist dies eine Selbstverständlichkeit. In Deutschland muss immer wieder neu zur Kenntnis genommen werden, dass diese Anerkennung von den herrschenden Eliten in der deutschen Geschichte niemals freiwillig gewährt wurde, sondern durch die Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse erkämpft werden musste. Wenn diese Geschichte realistisch betrachtet wird, so zeigt sich schnell, dass die Zeiträume, in denen diese demokratische Grundbedingung erfüllt war und auch funktionierte, jeweils nur sehr kurz gewesen sind. Insofern waren und sind Verfassungen in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften immer auch zeitweilige Festschreibungen eines politischen Kompromisses zwischen gegensätzlichen Klassen-Interessen – so hatten es einst die Austromarxisten um Otto Bauer und so hat es auch später Wolfgang Abendroth in seiner Verfassungsinterpretation herausgearbeitet.

Der Rückfall in die Sprache (und Diffamierung) des Kalten Krieges hat natürlich mit den gewaltigen Veränderungen zu tun, die sich seit der weltpolitischen Wende von 1989-91 vollzogen haben. Die Linke wurde im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts weltweit dramatisch geschwächt; sie ist aber auch weltweit (erinnert sei an Lateinamerika) dabei, sich neu zu gründen. Der Aufstieg der Linkspartei in Deutschland (mit all seinen Besonderheiten, die mit der deutschen Geschichte nach 1945 zu tun haben) ist ein Moment in diesem globalen Prozess. Die Diffamierung der Linken und der Versuch ihrer Kriminalisierung ist ein ziemlich hilfloser Versuch, diese »Renaissance« zu verhindern – hilflos, weil deren Ursachen durch die Widersprüche erzeugt wurden und werden, die das herrschende Regime des Finanzmarktkapitalismus und die Politik des Neoliberalismus selbst produziert und reproduziert. Diese Neugründung der Linken ist überall mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken, mit den Fehlern und Niederlagen, auch mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, verbunden. Diese innere Auseinandersetzung ist unvermeidlich sehr schmerzhaft; sie geht um Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte – gelegentlich scheint sie sich jedoch zu einer selbstquälerischen Katharsis zu steigern und offenbart dabei eine scheinbar unausrottbare Krankheit der Linken, dass sie sich nämlich lieber zerstreitet und spaltet, als gemeinsam zu handeln (und trotzdem lebendig nach innen zu streiten) und die Chance der geschichtlichen Situation politisch zu nutzen. Und natürlich soll die – wissenschaftliche und politische – Debatte über diese Themen, die mit der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts verbunden sind, auch mit Konservativen und Liberalen geführt werden. Dabei können wechselseitige Lernprozesse stattfinden.

Die Freunde des Roland Koch

Allerdings ist eine solche Debatte nur sinnvoll, wenn sie wirklich offen ist. Das heißt: Wer die Linke kriminalisiert, der will keine demokratische Auseinandersetzung, sondern deren Vernichtung. Es geht also wieder einmal um eine sehr zentrale Frage der politischen Kultur! Wenn der Herr Ministerpräsident Koch mit seinen rechten Freunden zusammentrifft, dann spielt die politische Moral, die er gerne im Kreuzzug gegen die Linke anruft, offenbar keine Rolle:

- Hajo Schumacher berichtete in seinem Buch über Roland Koch über dessen Zusammentreffen – nach dem Beginn des Irak-Krieges – mit dem US-Vizepräsident Dick Cheney (dazu kam für 17 Minuten George W. Bush, weil er diesen »guten Konservativen« aus Deutschland kennen lernen wollte). Dieses Treffen – so Schumacher – ließ ihn noch Tage später selig grinsen, als habe er von psychedelischen Pharmazeutika genascht.⁵ Roland Koch muss sich fragen lassen, ob er mit Cheney und Bush über das »Kriegsverbrechen« (so muss es nach internationalem Recht genannt werden und so wird es inzwischen von vielen in den USA gesehen) des Irak-Krieges diskutiert hat? Oder hat er etwa auf die Schröder-Fischer-Regierung geschimpft, die sich der »Koalition der Willigen« nicht anschloss?
- 2007 reiste Roland Koch nach New York, um zusammen mit Henry Kissinger Werbung für Hessen zu betreiben. Die Arbeit des amerikanischen Journalisten Christopher Hitchens⁶ beschränkt sich – wie der Autor sagt – auf »die erkennbaren Verbrechen« von Kissinger: von den Entscheidungen im Indochina-Krieg, über die Unterstützung der Militärdiktaturen in Lateinamerika bis zu Aktivitäten in Osttimor; Maßnahmen und Ereignisse, die Hunderttausende von Opfern erforderten. In den 1970er Jahren wurden in Lateinamerika (nach Chile 1973) Zehntausende von Linken, Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten verfolgt, gefoltert, ermordet, aus Flugzeugen ins Meer geworfen. Bis heute sind die Schicksale der »Verschwundenen« nicht aufgeklärt. Naomi Klein berichtet in ihrem Buch »Schock-Strategie« von diesen Ereignissen. Kissinger traf sich im Oktober 1976 mit dem Außenminister der argentinischen Militärjunta. Sie sprachen über die internationalen Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die Junta nach dem Putsch. Kissinger sagte seinem Amtskollegen: »Schauen Sie, unsere grundlegende Haltung ist die, dass wir Ihnen Erfolg wünschen. Ich vertrete die vielleicht etwas antiquierte Meinung, dass Freunde unterstützt werden sollten ... Je schneller Sie Erfolg haben, um so besser!«⁷ Danach sicherte er dem Vertreter der Junta zu, dass sich die USA für Kredite an Argentinien einsetzen. Hat Roland Koch mit Kissinger darüber

⁴ Vgl. dazu Frank Deppe, Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus, in: ders. u.a. (Hrsg.), Notstand der Demokratie, Hamburg 2008, S. 10ff.

⁵ Hajo Schumacher, Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt am Main 2004, S. 263.

⁶ Christopher Hitchens, Die Akte Kissinger, Stuttgart/München 2001.

⁷ Naomi Klein, The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism, London 2007, S. 158 (deutsch: Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus. Frankfurt a.M. 2007)

gesprochen hat, warum er gegen das Buch von Hitchens, der ihn als einen »notorischen Kriegsverbrecher und Gesetzesbrecher« bezeichnet,⁸ nicht gerichtlich vorgegangen ist. Vielleicht besteht ja ein Zusammenhang zwischen diesem Buch und den darin dargelegten Fakten und der Tatsache, dass George W. Bush die Unterschrift von Bill Clinton unter das Statut des Internationalen Gerichtshofs zurückgezogen und seine Regierung sogar damit gedroht hat, militärisch in Holland einzugreifen, falls sich ein US-Staatsbürger vor diesem Gerichtshof (mit Sitz in Den Haag) zu verantworten hätte.

Roland Koch hat offenbar keine Probleme damit, Politiker der Rechten zu verehren und als Freunde zu preisen, die für Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte, für Massenmord und – das sei besonders hervorgehoben – für Staatsterror gegen die Linke verantwortlich gewesen sind. Damit ist die Glaubwürdigkeit, mit der er die Moralkeule gegen die Linke schwingt, substantiell beeinträchtigt. Verbrechen bleiben Verbrechen, auch wenn sie im Namen der (angeblichen) Freiheit begangen werden. Wenn Roland Koch Geschichtsforschung betreiben möchte, dann sollte er auch danach fragen, wie viele alte Nazis in den 1950er Jahren in der CDU (in Hessen vor allem aber auch in der FDP) eine neue Heimat gefunden hatten, in der sie – wie Herr Dregger – stolz nicht auf den Widerstand gegen den Faschismus, sondern auf ihre Heldentaten in der Wehrmacht gewesen sind.⁹

»Wirtschaft für Koch«

Wenn über die »Freunde von Roland Koch« gesprochen wird, dann sei ein weiterer Grund genannt, warum gerade die hessische CDU und ihr Spitzenmann die Diffamierung der LINKEN auf besonders aggressive Weise betreiben. Es geht eine Epoche der neoliberalen Hegemonie zu Ende, in der die Kapitalismuskritik fast vollständig an den Rand gedrängt war, in der die Philosophie des Privateigentums, des Profits, des Marktes allmächtig schien. Die Reichen und die Superreichen hatten also keinen Grund, ihre Gier zu zügeln, sich zu verstecken oder gar eine politische Wende zu fürchten, die – wenn auch nur in bescheidenem Maße (z.B. über die Vermögenssteuer oder über die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität durch die Justizbehörden) – auf eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit zielen würde. Das ist im Kern – verbunden mit dem Anspruch auf den Ausbau der Demokratie von unten – die Programmatik der Linken in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus als einer historisch-konkreten Herrschaftsformation des Kapitals unter der Dominanz des Finanzmarktkapitalismus.

In dem Buch von Hajo Schumacher über Roland Koch lesen wir: »Kochs uneingeschränkte Solidarität mit der Ökonomie, die dem Wähler so verdächtig sein sollte wie eine große Gewerkschaftsnähe, sorgt bei manchen Wirtschaftsbossen für große Sympathie. Kaum ein Politiker in Deutschland hat einen derart mächtigen Freundeskreis wie die Runde »Wirtschaft für Koch«. Anführer sind *Commerzbank*-Chef Müller und Nikolaus Schweikart, Vorstandsvorsitzender des Chemie Multis *Altana*,

ein Unternehmen der Quandt-Familie ... Dieser Kreis umfasst 40 Bosse, meist aus der Frankfurter Geldwirtschaft, aus der Chemie und der Lebensmittelbranche ... Man trifft sich mehrmals im Jahr; Koch lässt kein Treffen aus«. Hinzuzufügen wäre noch die besondere Beziehung zum Herrn Ackermann von der *Deutschen Bank*, dem Koch – vor allem in den Zeiten des Düsseldorfer Prozesses über lukrative Managementvergütungen im Zusammenhang der Mannesmann-Übernahme durch Vodafone – stets demonstrativ die Treue hielt.

Diese Herrschaftskonstellation erfährt gerade ihren Crash – und kein geringerer als Roland Koch hat sogleich in der FAZ davor gewarnt, dass dies die geschichtliche Stunde einer neu formierten Linken sein könne. Gleichzeitig hat er angekündigt, dass er in den Neuwahlen im 18. Januar 2009 seine Wirtschaftskompetenz in den Vordergrund stellen möchte. Koch personifiziert wie kaum ein anderer führender CDU-Politiker das Bündnis von Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus. Er trägt wie kaum ein anderer Verantwortung für die Krisen, die jetzt herannahen, viele Menschen in ihrer sozialen Existenz und Perspektive noch tiefgreifender bedrohen als dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Dass gerade er in der Lage sei, eine andere Politik – als Ausweg aus der Krise – zu betreiben, das erinnert an jene krankhaften Pyromanen, die Brände stiften, um anschließend der Freiwilligen Feuerwehr ihre Hilfe bei den Löscharbeiten anzubieten.

Die politischen Verhältnisse in Hessen sind Ausdruck einer tiefen Krise der politischen Repräsentation. Trotz des Scheiterns ihrer hegemonialen Weltanschauung sind gerade in Hessen alle Anläufe, zu einem Wechsel der politischen Funktionseliten zu kommen, gescheitert. Selbst Kochs Warnung vor einem Erstarken der LINKEN in einer Systemkrise des Kapitalismus scheint entdramatisiert zu sein. Die Diffamierung und Kriminalisierung der politischen Linken trägt anscheinend Früchte. Doch wichtiger noch ist eine andere Botschaft für die LINKE: Erstarkt durch ihre Kritik des Neoliberalismus, die nunmehr selbst bürgerliche Konvertiten von den Dächern pfeifen, muss sie sich nun als eine im Alltag sich behauptende Kraft umfassender gesellschaftlicher Reformen bewähren, die – um mit Gramsci zu sprechen – »an ein Programm ökonomischer Reform gebunden« sind, das »geradezu die konkrete Weise (ist), in der jede intellektuelle und moralische Reform auftritt« (Gefängnishefte, Bd. 7, S. 1540). Damit die LINKE nicht selbst Opfer sozialer Zerrissenheit in der Krise wird, muss sie sich als eine Kraft der Neuerfindung von sozialer Gerechtigkeit als Kern eines gesellschaftlichen Umbauprogramms erweisen.

⁸ Hitchens, a.a.O., S. 209. Inzwischen wurden in mehreren Ländern Anträge auf Strafverfolgung von Henry Kissinger gestellt. Im Internet kann man sich unter *Kissinger Watch* über den Stand der Bemühungen um die Aufhebung von Kissingers Immunität informieren.

⁹ Der niedersächsische Innenminister Schünemann ist ein besonders aggressiver Befürworter der Überwachung der LINKEN durch den Verfassungsschutz. Die Fraktion der LINKEN im niedersächsischen Landtag hat einen Oldenburger Historiker mit einer Untersuchung über die »Braunen Wurzeln« der Langtagsfraktionen von CDU, GDP und DP beauftragt. Die Ergebnisse (die im Internet abgerufen werden können) sind erhellend genug: Maßgebliche Politiker der konservativen Fraktionen waren nicht nur Mitglieder der NSDAP, sondern hatten im Nazi-Staat herausgehobene Funktionen, waren schon vor 1933 Mitglieder der NSDAP usw.